

**Protokoll der AG 3 Quartier und Sozialraum
Moderation: Regina Scheuerer**

Input von Frau Fohrmann: Ordnungsamt:

Zahlen: gemeldete Staatsbürger aus:

Datum	Bulgarien	Rumänien
29.12.06	263	193
30.06.07	427	241
25.11.08	1053	342
23.12.09	1679	610
30.06.11	2782	1085

Auswertung am 07.12.2010 in PLZ Bereich 47053 (Hochfeld)

1422 Bulgaren von insgesamt in Duisburg 2490 Personen
Gemeinsam mit rumänischen Staatsangehörigen ist dies 10 % der Bevölkerung in Hochfeld.

Verteilung in Duisburg am 07.12.2010:

PLZ	Bulgaren	Rumänen
	2490	890
47053	1422	223
47166	245	74
47169	316	135
47137	74	57
47119	55	98
47226	38	33

**Herr Plathner vom Wohnungsamt berichtete über Aktivitäten der Wohnungsaufsicht
im Amt für Soziales und Wohnen:**

Probleme, mit denen sie konfrontiert sind:

Wenn der Meldung von Mängeln nachgegangen werden soll, ist es schwierig, tags jemand anzutreffen und in die Wohnungen herein zu kommen.

Mängel, die Gefahren darstellen werden den Besitzern gemeldet und deren Beseitigung kontrolliert. Leider ist dies vom zur Verfügung stehenden Personal abhängig und davon, dass die Vermieter erreicht werden können.

Aus der Gruppe kam die Bitte, möglichst intensiv und zeitnah den Mängeln nachzugehen, um mit Nachdruck auf die Beseitigung hinzuwirken.

Das Wohnungsamt habe den Eindruck, dass viele Personen aus unserer Zielgruppe sich nicht heimisch fühlten, sonst würde man pfleglicher mit Wohnungen und Umfeld umgehen. Dem steht gegenüber, dass die Infrastruktur der Überbelegung nicht gewachsen ist.

Auf die Miethöhe habe man keinen Einfluss, dies regelt der Markt. Allerdings sei es für die Gruppe meist sehr schwierig, an „normalen“ Wohnraum heranzukommen, da die Einkommensverhältnisse oft prekär seien und viele Vorbehalte gegen die Gruppe bestehen.

Bei der Beantragung von Wohngeld müsse nachgewiesen werden, von was der Unterhalt bestritten wird. Gelingt dies nicht, wird auch Wohngeld nicht gewährt. Dies ist hier meist der Fall. Außerdem sei dringend Hilfe bei der Antragstellung erforderlich.

Im Bereich Stadtmitte gibt es 30 Fälle von Wohngeldbezug bei rumänischen / bulgarischen Staatsangehörigen.

Herr Lascheit, Polizei Duisburg

Als abzusehen war, dass eine größere Gruppe rumänischer und bulgarischer Staatsbürger sich in Duisburg niederlassen will und darunter viele Angehörige der Roma-Volksgruppe seien, habe man bei der Polizei, gespeist aus früheren Erfahrungen, mit einem Anstieg von Straftaten gerechnet. Doch sei man sehr positiv überrascht worden. Lediglich ein paar geringfügige Delikte hätten zugenommen, so etwa „Beförderungerschleichung“, was schnell passieren könne, wenn sich jemand nicht auskennt. Sonst seien lediglich einzelne Personen strafrechtlich auffällig geworden.

Das bedeutet, der überwiegend größte Teil der Gruppe versuche hier ein ganz normales Leben zu führen.

Prostitution gäbe es, teils mit angemeldetem Gewerbe, teils ohne, aber man habe aus verschiedenen Beobachtungen nicht den Eindruck dass diese in größerem Ausmaße von Zuhältern gesteuert oder unter Zwang stattfinde. Mehr dränge sich der Eindruck auf, dass sie durch die Armut der Familien erzwungen sei. Es habe vier Verdachtsfälle von Kinderprostitution gegeben, denen man nachgehe.

Es sei jedoch für die Zukunft zu befürchten, dass es Auseinandersetzungen mit den jetzigen „Platzhirschen“ im Rotlicht-Milieu geben könnte.

Aus der Gruppe kam sehr stark die Kritik, dass die Polizei gerade in schwierigeren Quartieren eher wegschauen. Viele Aggressionen zwischen den verschiedenen ethnischen Gruppen stauten sich auf und auch seien von Insidern mehr Verstöße zu beobachten als dies von der Polizei wiedergegeben würde.

Allerdings gäbe es auch zahlreiche Probleme in den Quartieren, die mit den Mitteln der Polizei nicht zu lösen seien, hier müssten zivilgesellschaftliche Initiativen wirken, die auch die Betroffenen einbeziehen.

Probleme, die aus der AG benannt wurden waren:

- Armutsprostitution und damit zusammenhängende Gesundheitsprobleme
- „gefühlte Probleme“ wie Kriminalität und Aggressionen
- Überforderung der Müllentsorgung
- Horrende Mieten für „Bruchbuden“
- Konflikte entlang ethnischer Linien
- Schwierigkeit regulären Wohnraum zu finden
- Ängste gegenüber dem Jugendamt verhindern Hilfen
- Ghettobildung

Vorschläge für Lösungsansätze, die aus der Gruppe kamen:

- Schulische Förderung und Nachhilfe intensivieren
- Integrationslotsen aus der Gruppe rekrutieren und qualifizieren
- Frauencafés einrichten
- Aufklärung über verschiedene Dienstleitungen ermöglichen
- Kommunale Maßnahmen verstärken

Einigkeit herrschte darüber, dass auf jeden Fall verhindert werden muss, dass sich selbst überlassene Quartiere entstehen.

Es wurde deutlich, dass an verschiedenen Punkten Initiativen bestehen, die jedoch oft nicht voneinander wissen. Initiativen in den verschiedenen Stadtteilen sind jeweils vernetzt, wissen aber wenig von der Arbeit im anderen Quartier. Hier müssen Strukturen geschaffen werden, die mit möglichst wenig Aufwand Vernetzungen sicherstellen, z. B. Delegiertensysteme.